

Bericht aus der Wintersession 2012

Die Wintersession 2012 startete etwas gelassener als auch schon. Doch im Laufe der Session kam es dann zu spannungsgeladenen Debatten um wichtige Themen.

Erste Woche: Präsidiumswahlen, Budget, Nagra-Vorstoss und SPS-DV

Die Baselbieterin Nationalrätin Maya Graf wurde mit 173 von 183 gültigen Stimmen zur höchsten Schweizerin gewählt. **Für die Grünen ist es eine historische Wahl.** Denn mit Maya Graf können sie das erste Mal das Nationalratspräsidium stellen. Erster Vizepräsident wurde der Luzerner Ruedi Lustenberger (CVP). Zweiter Vizepräsident mein Fraktionskollege Stéphane Rossini. Im Ständerat wurde zudem Claude Hêche zum zweiten Vizepräsidenten gewählt. Das besondere daran ist, dass damit die SP im Jahr 2015 nach üblicher Ordnung beide Parlamentskammern präsidieren wird.

Zum Bundesbudget 2013: Der Nationalrat bewilligte zusätzliche 1,5 Millionen für eine Arbeitsgruppe, die im Auftrag der Finanz- und Geschäftsprüfungskommissionen das wegen sonderbarer Abläufe gestoppten Informatik-Projekts INSIEME aufarbeiten soll. Zudem beschloss der Rat auf Antrag der SP, den Posten für die Förderung der ausserschulischen Jugendarbeit um 2,3 Millionen Franken auf insgesamt 10,3 Millionen Franken zu erhöhen. Und auf Antrag der SVP stockte er das Budget für die Landwirtschaft auf.

Schliesslich verabschiedeten die Räte nach mehrmaligem hin- und her das Bundesbudget 2013. Unter dem Strich erhöhte sich das Budgetdefizit auf 450 Millionen Franken. Der Bundesrat hatte bei seinem Budgetvorschlag noch Einnahmen von 64,5 Milliarden bei Ausgaben von 64,9 Milliarden Franken und einem Defizit von 363 Millionen beantragt. Doch entscheiden dafür, ob es tatsächlich ein Defizit gibt, wird dann die Abrechnung sein. Die war in vergangenen Jahren immer besser als das Budget. Aus meiner Sicht ist deshalb auch das jüngst vom Bundesrat angekündigte Sparprogramm im Umfang von rund 700 Millionen unangebracht.

Anfangs Session reichte ich einen Vorstoss ein, mit dem ich mehr Transparenz bei der Atommüll-Entsorgungsfrage fordere und verlange, **dass bei der Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) das Öffentlichkeitsprinzip eingeführt wird.** Für mich ist klar: Transparenz schafft Vertrauen. Geheimpapiere bewirken das Gegenteil. Dies hat sich auch im Nachgang zum 7. Oktober 2012 gezeigt, als ein bis dahin vertraulich klassifiziertes Nagra-Dokument an die Öffentlichkeit kam, auf dem bereits der Bözberg (AG) und das Zürcher Weinland als konkrete Standorte für ein Tiefenlager genannt sind.

Im Anschluss zur ersten Sessionswoche fand in Thun die **Delegiertenversammlung der SP Schweiz** statt. An den DV's der SPS nehme ich jeweils als Delegierter der Bundeshausfraktion teil. Es galt, die zwei strittigen Fragen zu beantworten, wie die Partei mit dem laufenden Asylgesetzreferendum und mit Parteispenden umgehen soll. Es setzte sich die Auffassung durch, dass den Direktbetroffenen mit einem Referendum nicht geholfen ist, sondern ein Abstimmungskampf die Stimmung noch weiter anheizt. Betreffend Parteispenden aus der Wirtschaft wurden klare Regeln verabschiedet. Neben den bisherigen Zuwendungen privater SpenderInnen und GönnerInnen kommen für die SP nur Gelder von Genossenschaften, Mitarbeitergesellschaften oder Vereinen in Frage. Es werden keinerlei Konditionen akzeptiert, Transparenz muss sein und die Gelder kommen in einen Projektfonds.

Zweite Woche: Bundesratswahlen, Solidarhaftung und 24h-Gesellschaft

Schlechte Karten hatte im Parlament die SVP-Initiative für die **Volkswahl des Bundesrates**. Nicht einmal bei der SVP selber stimmten alle dafür. Die Initiative möchte die sieben Bundesratsmitglieder alle vier Jahre vom Volk wählen lassen. Dazwischen gäbe es auch bei jedem Bundesratsrücktritt in der ganzen Schweiz Ersatzwahlen.

Gemäss Initiativtext müssten zwei Bundesratssitze für die sprachlichen Minderheiten der französischen und italienischen Schweiz reserviert sein. Mit 128 zu 43 Stimmen stürzte die unnötig und nicht richtig durchdachte Initiative im Nationalrat ab. Ein Trostpflasterchen gab es dann für die SVP bei der Wahl des neuen Bundespräsidenten. Gewählt wurde Ueli Maurer mit 148 Stimmen.

Ein gewichtiger **Durchbruch im Kampf gegen Lohndumping** gelang Gewerkschaften und gewerblichen Arbeitgeberverbänden mit vereinten Kräften: Denn nach dem Ständerat hat auch der Nationalrat überraschend deutlich -mit 104 zu 82 Stimmen- die Solidarhaftung als flankierende Massnahme gutgeheissen. Damit müssen Unternehmen auf dem Bau künftig dafür gerade stehen, wenn ihre Auftragnehmer bei Weitervergaben von Aufträgen die Lohn- und Arbeitsbedingungen missachten. Bei untervergebenen Aufträgen kam es immer wieder zu skandalösen Lohndumpingfällen, zum Schaden der Beschäftigten und seriöser Arbeitgeber.

Die Salami-taktik bei der ständigen Ausdehnung der Ladenöffnungszeiten geht weiter: **Tankstellenshops auf Autobahnen und an viel befahrenen Strassen sollen künftig 24 Stunden geöffnet haben dürfen**. Damit verschlechtert sich der Arbeitnehmerschutz weiter. Wir Gewerkschaften werden mit einem Referendum eine Volksabstimmung ermöglichen.

Dritte Woche: Autobahnvignette, Wehrpflicht und IV-Revision

Der **Autobahnvignetten-Preis wird steigen**, unklar bleibt vorerst, um wie viel. Der Nationalrat bietet Hand, den Preis für eine Autobahnvignette von 40 auf 70 Franken zu erhöhen. Damit würden zusätzlich 150 Millionen in die Strassenkasse fliessen, womit der künftige Unterhalt des vorhandenen Nationalstrassennetzes bis auf weiteres gesichert wäre. Bundesrat und Ständerat wollen dagegen eine Erhöhung auf 100 Franken. Damit würden zusätzlich 275 Millionen in die Strassenkasse gespült, was Autobahnausbauprojekte forcieren würde. Diese Differenz zwischen den Räten konnte noch nicht ausgeräumt werden.

Die Diskussion zur **Volksinitiative „Ja zur Aufhebung der Wehrpflicht“** führte zu einer Monsterdebatte mit 52 Voten. Fakt ist: Die Schweizerische Armee ist heute – auch als direkte Folge der obligatorischen Wehrpflicht- mit aktuell 185`000 Armeeangehörigen immer noch massiv überdimensioniert. Solche Bestände entsprechen überhaupt nicht mehr der aktuellen militärischen Bedrohungslage und verteuern die Armee zu Lasten der Steuerzahlenden und zu Ungunsten anderer Staatsaufgaben massiv. Kein anderes Land in Europa leistet sich, gemessen an der Grösse des Landes und der Bevölkerungszahl, eine derart grosse Armee wie die Schweiz. Und das Problem ist: Der Zwang zur Wehrpflicht führt in der Schweiz zu jährlich rund 20`000 neuen Armeeangehörigen und dies wiederum führt zum politischen Sachzwang, die Armee auch in Zukunft zahlenmässig möglichst gross zu halten, selbst dann, wenn der reale Bedarf dazu nicht gegeben ist. Das ist absurd, teuer und ineffizient.

Unsere direkten Nachbarländer Frankreich, Italien und Deutschland haben bereits auf eine Freiwilligenarmee umgestellt und in Österreich ist die Diskussion dazu in Gang. Mit Schweden hat 2010 erstmals auch ein neutrales EU-Mitgliedsland die allgemeine Wehrpflicht in Friedenszeiten aufgehoben. Die Schweiz würde sich mit der Aufhebung der Wehrpflicht also in bester Gesellschaft befinden. Doch die Initiative wurde –wie oft bei Armeekritischen Vorlagen- zur Armeeabschaffungsfrage oder gar zur Existenzfrage unseres Landes hochgekocht und mit 121 zu 56 Stimmen zur Ablehnung empfohlen.

Knapp, mit 97:90 Stimmen entschied der Nationalrat, die **IV-Revision 6b** aufzusplitten. Die Reduktion der Zusatzleistungen für IV-Bezüger mit Kindern sowie die Sparmassnahmen bei den Reisekosten wurden dank einer sozial orientierten Mehrheit an die sozialpolitische Kommission zurückgewiesen. Die Revision führt anstelle des heutigen Systems mit Viertel-, Halben und Dreiviertelrenten eine neue Regelung ein, bei der sich der Grad der Invalidität und der Rentenanspruch grundsätzlich entsprechen müssen. Ab 70% IV soll aber auch künftig eine Vollrente möglich sein. SP Bundesrat Alain Berset hielt in der Debatte fest, dass sich die Zahl der Neurentner seit 2008 halbiert hat und es der IV finanziell heute wieder wesentlich besser geht. Dazu tragen auch die schon früher beschlossenen Mehrwertsteuermittel zugunsten der IV bei. Als nächstes wird sich der Ständerat mit der Revision befassen.

Ich wünsche allen alles Gute für das kommende Jahr.

Max Chopard-Acklin, im Dezember 2012